Gestern war auf der Titelseite der von mir abonnierten Zeitung zu lesen, dass die UN Alarm schlägt, dass wir aktuell auf die 3-Grad Temperaturerhöhung zusteuern. Wir, die wir hier stehen, haben eine ungefähre Vorstellung davon, welche Katastrophe das nach sich zieht. Dennoch bleibt etwas Luft für Hoffnung: Mit großer Anstrengung – hieß es in der Zeitung - könnten wir diese plus 3 Grad noch abwenden.

Dennoch war das Jahr 2019 aus deutscher Sicht ein Rückschritt. Im Klimaschutzprogramm wurde ein völlig verspäteter Kohleausstieg beschlossen, die Pendlerpauschale für Autos erhöht und ein viel zu niedriger CO2-Preis beschlossen.

Trotz des Übereinkommens von Paris. Weltweit liegt Deutschland im momentanen Klimaschutzranking aller Länder auf Platz 19. Hinter zum Beispiel Marokko, Chile und Indien. Man könnte also wohl zurecht sagen, dass Deutschland die Zusagen des Pariser Klimaabkommens bislang nicht allzu ernst genommen hat.

Aber wie sieht es mit den Kommunen aus? Sind die überhaupt vom Abkommen von Paris betroffen? Ich habe mal nachgeschaut. Zu dem Thema heißt es in der Vereinbarung:

Rolle der Städte, Regionen und lokalen Behörden

In dem Übereinkommen wird anerkannt, dass nicht zu den Vertragspartnern gehörende Interessenträger bei der Bekämpfung des Klimawandels eine wichtige Rolle spielen. Dazu zählen u. a. **Städte, Behörden auf regionaler und kommunaler Ebene**, die Zivilgesellschaft und die private Wirtschaft.

Diese sind aufgerufen,

- ihre Anstrengungen zu verstärken und Maßnahmen zur **Emissionsminderung** zu unterstützen,
- ihre **Widerstandsfähigkeit zu erhöhen** und ihre Anfälligkeit gegenüber den negativen Folgen des Klimawandels zu vermindern,
- die regionale und internationale **Zusammenarbeit** fortzuführen und zu fördern.

In diesem Sinne radeln wir jetzt weiter, um genau dieses zu unterstützen. Los geht's!!